

Erbschein täglich
nachmittl. mit Anwesenheit
der Eltern und Zeugen.

Abonnementpreis
monatlich 40 Pf.
vierteljährlich 1.20 Pf.
jährlich 4.20 Pf.
Zusatz für Post 1.00 Pf.
nach dem Post bezogen
1.00 Mk. inkl. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsblätter),
durch die Post nicht bezugs-
bar, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Verlagsamt: Halle a. S.
Vertrieb: Verlagsamt.



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Saumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2 Cr. Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Informationen
betreffend die die Kapitalisten
Politik über den Namen
30 Pf. für Wohnung
im Jahre 1903/04
Anzahl der Mitglieder 10 Pf.
Anzahl der Mitglieder 10 Pf.
Anzahl der Mitglieder 10 Pf.

Inhalte
für die halbe Nummer
müssen bestimmt sein
nach dem Post bezogen
1.00 Pf. inkl. Postgebühren
sein.

Eingetragen in die
Postverzeichnisse
unter Nr. 1047.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Der nunmehr vorliegende Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion läßt erkennen, mit welchem unermüdbaren Eifer die parlamentarische Vertretung des Proletariats bemüht gewesen ist, die Regierung und die herrschenden Faktoren auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Der bisherige Präsident Ballestrin vernachlässigte zwar die Beratung der Interpellationen festgesetzt und offensichtlich, so daß der Schluß des Reichstages noch mehr als fünfzig dieser Interpellationen, von den verschiedenen Parteien gestellt, unerledigt geblieben sind, dagegen konnte er nicht verhindern, daß die eingebrachten Interpellationen sofort auf die Tagesordnung gesetzt und gegebenenfalls zur Verlesung gebracht werden mußten.

Im vorigen Winter wurden sechs Interpellationen eingebracht, von denen die erste eine Beilegung der im vorigen Herbst herrschenden Mißwirtschaftung erstrebte. Sie wurde zwar von einem Mitgliede unserer Fraktion begründet, aber der Regierung beliebt es nicht, eine Verprechung herbeizuführen. — Die zweite Interpellation betraf die Sandbauung des Fleißbichlausees, das unter dem Vorwand, die Gesundheit zu schützen, lediglich den agrarischen Interessen diene und zu einer künstlichen Verengerung des Fleißbichlausees führt.

Die dritte Interpellation betraf die Uebergriffe von Polizeibeamten.

verhaftet ihn. In einem weiteren Falle wird ein Maurer verhaftet, weil er mit seiner Frau spazieren geht, vom Schutzmann nach dem Fabel traktiert und ins Gefängnis geschleppt, in dem er wochenlang ungesühnt in Unterjochunghaft liegt. Andere Arrestanten läßt die Polizei 24 Stunden lang bei Wasser und Brot sitzen. Mädchen und Frauen werden verhaftet, weil sie dem Polizeibeamten wie ein verkehrter Mann vorstamen, oder weil sie zu langsam gingen oder Reformkleidung trugen. Gesunde Frauen wurden ohne jegliche Veranlassung zu Prostituierten gepehrt, im Krankenhaus acht Tage lang eingesperrt. Ein Mädchen wird verhaftet, weil sie laut sprach, dann unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt, vom Dienst weggeholt, ins Krankenhaus trotz aller Gesundheitsgefahr, dann in Unterjochunghaft gesetzt, bis sie nach langer Unterjochungshaft freigesprochen wird. Ein Redakteur wird mit einigen zu Justizhaus Verurteilten zusammengeworfen und von den Beamten gefoltert. Wegen politischer Vergehen verurteilten Redakteuren wird die Verbannung eine Zeitlang nicht gestattet, Entziehung der Selbstbestätigung für die Zukunft in Aussicht gestellt. Das sind einige der von unseren Rednern angeführten Fälle. In den seltensten Fällen ist eine Genugtuung oder gar eine Wahrung der schuldigen Beamten erfolgt. Den Beamten fehlt zumeist nach Annahme der Anklagebehörde das Bewußtsein der Wichtigkeit der dolus eventualis, nach dem der Täter hätte wissen müssen, er begehe vielleicht eine strafbare Handlung, findet auf Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter so gut wie keine Anwendung. Wandel kann auf diesem Gebiet nur geschaffen werden, wenn volle Verantwortlichkeit der Beamten eingeführt und mit dem Polizei- und Militärpaar gebrochen wird. Der Staatsrat der Justiz drückt im Namen des Reichstages mit erheblicher Stimme seine Enttäuschung darüber aus, daß solche Mißhandlungen vorkommen. Die schuldigen Beamten werden auch in der Regel bestraft, „und begnadigt“ tief ein Sozialdemokrat dazuweisen. In der Beurteilung der Vorgänge waren auch die Redner der bürgerlichen Parteien einig. Aber Mittel zur Abhilfe können sie nicht gewähren. Gemäß könnten, wie unsere Redner darlegten, viele Uebelstände durch Gesetz beseitigt werden. Zu beilegen sind dieselben im heutigen Staate aber nicht. Die deutschen Staaten sind gegenüber bürgerliche Staaten, in denen die Menschrechte gelten. Aber alles das steht nur auf dem Papier. Tatsächlich sind es Militär- und Polizeistaaten. Der Zivilverwaltungsbeamten ist ein Patent, das die Berechtigung zur Aufnahme in die unterste und das Untermittelstand, das die Berechtigung zur Aufnahme in die höhere Beamtenklasse gibt. Die Bürger sind dazu da, den Militärs die Rekruten und Gemeinen zu schaffen. Wandel könnte nur geschaffen werden, wenn mit dem Militärsstaat und dem Klassenstaat gebrochen würde. Der Gedanke an solche Abhilfe wäre aber den herrschenden Klassen ein Grauel. Sollte der Gedanke einmal ernsthaft diskutiert werden, dann würden Reichsminister, Justizminister und Minister des Innern nicht den Staatssekretär der Justiz beauftragen, daß er in den Reichstag geht, um sich in ihrem Namen über die Mißgriffe von Beamten und Behörden zu entrichten,

sondern dann würden sie selbst kommen und sagen, daß die göttliche Bestimmung bedroht sei. Aber auch die Bürger, die Holz sind auf die papierenen Menschenrechte, werden sich auflehnen, wenn dem Götzen Militarismus, dem Schieber des Kapitalismus die Augen verschlossen werden sollen. Darum wird der Militarismus keinen Einfluß behalten und die Mißhandlung der Bürger durch die Bureaukratie wird eine stehende Einrichtung bleiben, viel fester als alle geordneten Rechte der Bürger. Grundsätzlich Wandel wird auch hier erst die Durchbringung der Volksmassen in den sozialdemokratischen Grundgedanken wahrer Freiheit und Gerechtigkeit schaffen. Beratungen der Polen bildeten den Anlaß der vierten Interpellation, welche den Reichstagsler fragte, was er zu tun gedente, um der ungleichmäßigen Behandlung der polnischen Bevölkerung, insbesondere dem Boykott politischer Gewerbetreibender seitens der Militärbehörden, der Entziehung der Berechtigung zum einjährig-frühwilligen Dienst wegen geringfügiger Vergehen, der Verbannung der Verurteilten aus dem Reich und der Behandlung polnischer Tagesdruckschriften als gemeiner Verbrechen entgegenzutreten.

Diese Interpellation fand am 21. November auf der Tagesordnung. Ihre Verlesung wurde während der Verhandlungen über den Zollwucher, an dessen Zustandekommen die polnische Fraktion eifrig mitarbeitete, beileide geblieben. Der Reichstagsler erklärte sich zur Beantwortung an einem späteren Tage bereit, da „zum Zweck der Beantwortung noch Erhebungen stattfinden müssen“. Am 30. Januar fand die Beilegung statt. Nunmehr lehnte der Reichstagsler ein Eingehen auf die einzelnen Fälle mit Ausnahme des militärischen Boykotts und der Entziehung des Berechtigungscheins zum einjährig-frühwilligen Dienst ab, weil für die Maßnahmen über den Reichstagsler, sondern das persönliche Ermessen vollständig sei. Die Interpellation wurde abgelehnt, jedoch unserer Redner das Wort erteilt wurde. Der Reichstagsler, insbesondere dem Zentrum, war die Beilegung höchst unangenehm. Sie stimmte deshalb der neuen Theorie ihres Präsidenten, auf die Beilegung einer Interpellation in der Regel nicht mehr als einen Sitzungstag zu verwenden, zu und verzog die Weiterberatung der Interpellation auf den 21. November.

Die zunehmenden Uebergriffe von Polizeibeamten, Richtern und Gefängnisverwaltern hatten die Fraktion zu folgender Interpellation veranlaßt:

1. Welche Maßnahmen beschließt der Herr Reichstagsler zu ergreifen, um den in letzter Zeit sich häufenden Uebergriffen von Polizei- und richterlichen Behörden entgegen zu wirken, die Reichsangehörige ohne genügenden gesetzlichen Grund in Haft nehmen, in der sie dann öfter in ungehöriger und ungezügelter Weise behandelt werden?

2. Beschließt der Herr Reichstagsler in Rücksicht dem Reichstags den Entwurf eines Gesetzes über den Strafpolizist vorzulegen?

Diese Interpellation kam am 22. November zur Verhandlung. Die Redner der Fraktion führten eine Anzahl Fälle an, die den schmähvollen Zustand auf dem Gebiete des Schutzes der persönlichen Freiheit klar legten. Hier wird ein schuldlöser Arbeiter, der Wühlarbeit in seinem Gewerbe beiricht, wiederrechtlich verhaftet, „weil er arbeitslos und besond. fuchtverderbt“ ist, mißhandelt und ins Gefängnis gesetzt. Dort werden Arbeiter, die sich ruhig unterhalten, von einem Schutzmann mit einem Gummifischlauch mißhandelt, verhaftet, gefangen gesetzt und abermals mißhandelt. In einem Falle handelt es sich um einen Bürger, der von vier Schutzleuten festgenommen, mit Säbelklingen traktiert, gefesselt in ein Gefängnis geliefert wird — um dort eine Mark zu zahlen, zu deren Zahlung er rechtskräftig verurteilt war, die zu bezahlen er aber vergessen hatte. In einem anderen Falle beleiigt ein Schutzmann eine Frau, schlägt auf ihren Begleiter ein und

verhaftet ihn. In einem weiteren Falle wird ein Maurer verhaftet, weil er mit seiner Frau spazieren geht, vom Schutzmann nach dem Fabel traktiert und ins Gefängnis geschleppt, in dem er wochenlang ungesühnt in Unterjochunghaft liegt. Andere Arrestanten läßt die Polizei 24 Stunden lang bei Wasser und Brot sitzen. Mädchen und Frauen werden verhaftet, weil sie dem Polizeibeamten wie ein verkehrter Mann vorstamen, oder weil sie zu langsam gingen oder Reformkleidung trugen. Gesunde Frauen wurden ohne jegliche Veranlassung zu Prostituierten gepehrt, im Krankenhaus acht Tage lang eingesperrt. Ein Mädchen wird verhaftet, weil sie laut sprach, dann unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt, vom Dienst weggeholt, ins Krankenhaus trotz aller Gesundheitsgefahr, dann in Unterjochunghaft gesetzt, bis sie nach langer Unterjochungshaft freigesprochen wird. Ein Redakteur wird mit einigen zu Justizhaus Verurteilten zusammengeworfen und von den Beamten gefoltert. Wegen politischer Vergehen verurteilten Redakteuren wird die Verbannung eine Zeitlang nicht gestattet, Entziehung der Selbstbestätigung für die Zukunft in Aussicht gestellt. Das sind einige der von unseren Rednern angeführten Fälle. In den seltensten Fällen ist eine Genugtuung oder gar eine Wahrung der schuldigen Beamten erfolgt. Den Beamten fehlt zumeist nach Annahme der Anklagebehörde das Bewußtsein der Wichtigkeit der dolus eventualis, nach dem der Täter hätte wissen müssen, er begehe vielleicht eine strafbare Handlung, findet auf Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter so gut wie keine Anwendung. Wandel kann auf diesem Gebiet nur geschaffen werden, wenn volle Verantwortlichkeit der Beamten eingeführt und mit dem Polizei- und Militärpaar gebrochen wird. Der Staatsrat der Justiz drückt im Namen des Reichstages mit erheblicher Stimme seine Enttäuschung darüber aus, daß solche Mißhandlungen vorkommen. Die schuldigen Beamten werden auch in der Regel bestraft, „und begnadigt“ tief ein Sozialdemokrat dazuweisen. In der Beurteilung der Vorgänge waren auch die Redner der bürgerlichen Parteien einig. Aber Mittel zur Abhilfe können sie nicht gewähren. Gemäß könnten, wie unsere Redner darlegten, viele Uebelstände durch Gesetz beseitigt werden. Zu beilegen sind dieselben im heutigen Staate aber nicht. Die deutschen Staaten sind gegenüber bürgerliche Staaten, in denen die Menschrechte gelten. Aber alles das steht nur auf dem Papier. Tatsächlich sind es Militär- und Polizeistaaten. Der Zivilverwaltungsbeamten ist ein Patent, das die Berechtigung zur Aufnahme in die unterste und das Untermittelstand, das die Berechtigung zur Aufnahme in die höhere Beamtenklasse gibt. Die Bürger sind dazu da, den Militärs die Rekruten und Gemeinen zu schaffen. Wandel könnte nur geschaffen werden, wenn mit dem Militärsstaat und dem Klassenstaat gebrochen würde. Der Gedanke an solche Abhilfe wäre aber den herrschenden Klassen ein Grauel. Sollte der Gedanke einmal ernsthaft diskutiert werden, dann würden Reichsminister, Justizminister und Minister des Innern nicht den Staatssekretär der Justiz beauftragen, daß er in den Reichstag geht, um sich in ihrem Namen über die Mißgriffe von Beamten und Behörden zu entrichten,

einander eriebt hatten, zu einem geheimen Band zwischen ihnen geworden.

Nach wurde sie von anderen Göttern in Anspruch genommen. Und Richard sog mit hurtigen Sinnen all die Schönheiten, die Eleganz, den Adelglanz in sich ein. Alumbust und Parfum bezauberten ihn fast.

Er füllte sich an all diesen auf ihn einbringenden Reizen wie ein Halbverwundeter am Spielendium.

Im Anfang hielt er sich im Sintergrund. Ihm war doch gekommen. Bald aber kam der und jenseit von ihm ins Gespräch. Er mußte aus seiner Ecke hervor. In distinkter Weise, so schmeichelt und ausweichend, wie die gute Gesellschaft vorgeht, so tun pflegt, wurde er als „Bunzelier“ behandelt. Sein Abenteuer gab ihm eine gewisse Berühmtheit. Die Spuren des Lebens auf seinem Gesicht trübten das milde, weiche Herz. Die jungen Mädchen trübten sich Geländnisse in die Ohren, daß er himmlisch interessant, ja, eigentlich furchtbar nett sei. Daß er auf erotischem Gebiete gelübt hatte und der Schieber des Geheimnisses sein Vergehen umhüllte, machte ihnen keine Persönlichkeit doppelt reizend.

Er tanzte nicht, obgleich viele warme, lebende, bittende Blicke zu ihm hinüberliefen.

Bei sich war Richard Frau Wittichs Cavalier. Die stille, blaue Frau, die in ihrem schreiend mohtroten, mit Spitzen überladenen Kleide auslief, als gehöre es ihr nicht, war ihm gerade recht. Ihre tiefen, dunklen Augen bildeten so bereit, so weisend vom Schmeiz in die seinen. Sie war eine leise, flackernde Stimme, die ihm wohl tat, als wäre die seiner Mutter.

Nicht weit von ihm trahlte Frau Rober, in ihr alles Schwarzleibenes gemüllt, in ihrer Hintergl. Sie erhellte vom neuzum kleiner Wunderglanz, als wäre das erzie. Sie sprach immer nur von ihren Kindern und hätte, wie Rober, der Gottinnen gehöhnt, die weniger belegen als sie.

Rober trug einen neuen Frack. Er hatte Julage erhalten und war bis zum Hals gefüllten vom Gefühl seiner Würde und Grabsheit.

Durch manchmal einen Blick auf Kornelle Urbans blonden Kopf werfen. Sie hatte heute zu etwas Weiches, Weißliches, Süßes.

271 (Nachdruck verboten.)

Der Unkenteich.

Roman von Gertrud Franke-Schneibelbein.

Die Steigenberg, die nur Liebe und Güte von der Welt erfahren, die ihre Tugend, ihre lörgende Aufopferung für Mann und Kind langjährig vor Augen gehabt hatte, die sprach ihr Komme er's da den Fremden verdanken, wenn sie in ihre Verwirrung lachend, Dunkel und grauenhaft überkam im das Bewußtsein des furchtbaren Stiches, der von Urzeiten her auf dem Weibe liegt.

„Eine Vene!“

„Eine Vene war's ihm, als müsse er zu ihr halten und der ganzen Welt ins Gesicht schreien: Sie ist mein Weib, mein Glück! Behaltet eure Wohlthaten, eure Gnade! Sei ihr ist mein Platz!“

„Wie zwei durch die Schuld Aneinandergegriffene waren sie zusammen vom Wege abgelenkt und geblüht, gestirbt, wieder, immer weiter und schneller. Da rief das Zeit. Zeit, Zeit fand einen Halt, seine trauernden Hände einen Stützpunkt. Sie aber sah er hinabstürzen, so sah, so unaufhaltsam, daß ihm der Atem stockte, das Haar zu Berge flog.

Der Abgrund. Sie war verloren.

Aber er — sollte auch er ihr nachstürzen?

Jetzt — da es für ihn eine Möglichkeit gab wieder emporkommen, wenn auch vielleicht zerbrochen, blutig, ein tollerwunder Mann — jetzt war's Schlimmerer denn!

Die Steigenberg kam am nächsten Tag mit der Entschuldigung, „für sie bloß einmal die Galle übergehoben“ — und ihren der Meinung zu sein, daß damit alles wieder seine Wichtigkeit hätte.

Ihre Selbster war stärker als ihre moralische Enttötung.

Nach — in seiner Abwagelange — ließ es sich bieten, wenn auch in ohnmächtigen Jörn. Fester als je aber fand es in ihm: fort, fort, so bald als möglich und — um jeden Preis!

Es war Sonntag, der Festabend.

In seinen feinen, feierlichen schwarzen Anzug, den er zuletzt bei seiner Hochzeit getragen, nahm er Abschied von Hans Martin. Er war voll Erwartung, voll heimlicher Hoffnung. Seine alte Fritsche, das spazierende, das Leben miederende Kraftschiff, schien ihm zurückzufahren.

Der Jüngling lag ihm bevorwundernd an, mit einem Blick voll Hundetruwe und Melancholie.

„Amüßigen Sie sich, Herr Doktor,“ flüsterete Hans Martin leiser, ihm die schmale, brennende Hand entgegenstreckend.

„Wirkst Du aber auch ruhig wie immer einischlafen, Jung? Und Dich nicht hören lassen, wenn ich ein bißchen spit komme?“

„Ach, Herr Doktor, Sie wissen ja, ich schlafe gleich ein. Bin immer so müde —“

Auch der Doktor in seinem schönen Optimismus hatte Richard gut zugeredet. Der schlüß ihn wie ein Raß.

So war Richard gegangen. Aber das Bild des schonen, blaffen Knabenopfers wurde er so bald nicht wieder los.

„Ja, müde, unendlich müde. Eine ewige Schmutz nach Schlaf! — So zu etwas seltsam Ruhiges, Abgelartes, Wunschloses.“

War nichts mehr vom milden Ueberwundern, von der beschönten Müdigkeit. Wunderbar verändert.

Erst als er die Treppe emporstieg und schon die Klänge der Musik von obenher erriethen, wurde er's los.

„Wah glänzendes Bild.“

Die Gesellschaft war schon fast vollständig. Ein bunter Damentanz, die Herren alle heftlich und festlich, die Damenten ausgeteilt von liebenswürdiger Heiterkeit.

Dorfmanns Wohnung lag im Gymnasium. Die Aula wurde zum Tanzsaal benutzt.

Sogar Urban pflegte an solchen Tagen den dienstlichen Anstand ab akta zu legen und wie ein gemittelter alter Bapa anzusehen.

Kornelle Urban war ganz in Weiß. Ihre herrliche Haut, die vollen Arme, das ährengebe Haar und die rosige Haut leuchteten in unbefriediglicher Partikel.

Nur er auf sie zutreten, sprach ein heller Glanz aus ihren Augen. Sie gab ihm die Hand wie einem alten Freunde; als wäre das, was sie neulich im Sankt-Innengange mit-

einander eriebt hatten, zu einem geheimen Band zwischen ihnen geworden.

Nach wurde sie von anderen Göttern in Anspruch genommen. Und Richard sog mit hurtigen Sinnen all die Schönheiten, die Eleganz, den Adelglanz in sich ein. Alumbust und Parfum bezauberten ihn fast.

Er füllte sich an all diesen auf ihn einbringenden Reizen wie ein Halbverwundeter am Spielendium.

Im Anfang hielt er sich im Sintergrund. Ihm war doch gekommen. Bald aber kam der und jenseit von ihm ins Gespräch. Er mußte aus seiner Ecke hervor. In distinkter Weise, so schmeichelt und ausweichend, wie die gute Gesellschaft vorgeht, so tun pflegt, wurde er als „Bunzelier“ behandelt. Sein Abenteuer gab ihm eine gewisse Berühmtheit. Die Spuren des Lebens auf seinem Gesicht trübten das milde, weiche Herz. Die jungen Mädchen trübten sich Geländnisse in die Ohren, daß er himmlisch interessant, ja, eigentlich furchtbar nett sei. Daß er auf erotischem Gebiete gelübt hatte und der Schieber des Geheimnisses sein Vergehen umhüllte, machte ihnen keine Persönlichkeit doppelt reizend.

Er tanzte nicht, obgleich viele warme, lebende, bittende Blicke zu ihm hinüberliefen.

Bei sich war Richard Frau Wittichs Cavalier. Die stille, blaue Frau, die in ihrem schreiend mohtroten, mit Spitzen überladenen Kleide auslief, als gehöre es ihr nicht, war ihm gerade recht. Ihre tiefen, dunklen Augen bildeten so bereit, so weisend vom Schmeiz in die seinen. Sie war eine leise, flackernde Stimme, die ihm wohl tat, als wäre die seiner Mutter.

Nicht weit von ihm trahlte Frau Rober, in ihr alles Schwarzleibenes gemüllt, in ihrer Hintergl. Sie erhellte vom neuzum kleiner Wunderglanz, als wäre das erzie. Sie sprach immer nur von ihren Kindern und hätte, wie Rober, der Gottinnen gehöhnt, die weniger belegen als sie.

Rober trug einen neuen Frack. Er hatte Julage erhalten und war bis zum Hals gefüllten vom Gefühl seiner Würde und Grabsheit.

Durch manchmal einen Blick auf Kornelle Urbans blonden Kopf werfen. Sie hatte heute zu etwas Weiches, Weißliches, Süßes.

hellen soll, helfen, und so selbst Mitgeschickte von Fellen wie dem Fall Götter.

Die Kriegsveteranen geben nach wie vor meist leer aus. Die Fraktion hat wiederholt um Ausdruck gebracht, daß das Vaterland die Verpflichtung hat, neben den eigentlichen Anwaltern, jene Tausende von ehemaligen Soldaten, die zwar unerschützt sind, aber infolge der ersten Kriegsbegegnung sich selbst überlassen sind, aber infolge der ersten Kriegsbegegnung sich selbst überlassen sind, aber infolge der ersten Kriegsbegegnung sich selbst überlassen sind.

Am Jubiläumstag 1895 mußte man endlich doch so tun, als ob etwas geschähe. Es kam das Gesetz vom 22. Mai 1895 zu Stande, das den 100 000 erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmern ein monatliches Gehalt von 10 Mark zu zahlen verpflichtete.

Das Gesetz hat zwei erhebliche Fehler. Der erste besteht in der almonatlichen Richtigkeit der Beiträge. Die Fraktion hatte vorgeschlagen, die Beiträge auf 200 Mark zu erhöhen. Die bürgerlichen Parteien und die Mehrheit des Hauses meinten, daß mit 120 Mark jährlich vollkommen erwerbsunfähige Kriegsteilnehmer auf dem Lande ein wenig aus dem Elend befreit werden könnten.

Die zweite Fehler besteht darin, daß die Beiträge auf 120 Mark jährlich auf 100 Mark herabgesetzt wurden. Die Fraktion hatte vorgeschlagen, die Beiträge auf 200 Mark zu erhöhen. Die bürgerlichen Parteien und die Mehrheit des Hauses meinten, daß mit 120 Mark jährlich vollkommen erwerbsunfähige Kriegsteilnehmer auf dem Lande ein wenig aus dem Elend befreit werden könnten.

Saggselichte.

Salle, 20. August.

Der Kampf beginnt schon.

Wir berichten täglich von der Gründung einer Centralstelle zur Verwirklichung der Sozialdemokratie und prognostizieren den Kampf, der dem Gründungsfieber folgen würde. Der Kampf scheint jetzt zu beginnen. Einer der angesehensten Unterzeiger des Antrags, der nationalliberale Reichstagsabg. Dr. Hugo Böttger, weist in der Nationalliberalen Korrespondenz die Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie als Verstoß gegen die Grundsätze der Demokratie zurück und macht dann folgende niedrige Enthüllung:

Vor etwa fünf Wochen wurde mir ein umfangreiches Schriftstück vorgelegt, unterzeichnet u. a. von mir bekannten Industriellen, worin der Plan entworfen wurde, eine Organisation zu schaffen, welche alle literarische und politische Material gegen die Sozialdemokratie sammeln sollte, alle alle Material gegen die Sozialdemokratie sammeln sollte, alle alle Material gegen die Sozialdemokratie sammeln sollte.

Überhaupt, alle diese Menschen hier — wie gut, wie freudlich, wie nett und prächtig haben sie sich! Wie gemüht ich ihnen alle Mühsal der rauhen Welt, wie verdrießlich das häßliche, wichtige, wie herausgeratene Frage, hat, Tünde. Alles so harmlos, so erfüllt, einander die angenehmen Dinge zu tun und zu sagen, die besten Wissen vorzulegen, die edelsten Tropfen zu trennen!

Wenn irgendwo in dieser brutalen Welt das Leben vollkommener ist, so ist's in den Kreisen der geliebten Nächstenliebe. Dem einzigen Frieden, der selbstlos Nächstenliebe den edelsten Tugenden bieten sie wenigstens das Scheinbild, da die Wirklichkeit doch nie erreichbar sein wird.

Warum also willst Du Dich selber ausschließen und Krieg führen gegen die herrschenden Mächte? Sagte Richard Voltwar, den letzten Tropfen Chinarose, haben der Sozialdemokratie genau entgegen, wie herausgeratene Frage, hat, Tünde. Alles so harmlos, so erfüllt, einander die angenehmen Dinge zu tun und zu sagen, die besten Wissen vorzulegen, die edelsten Tropfen zu trennen!

„Gottesfurcht“ wiederholt er betroffen. „Nicht wahr?“ lächelte sie, „ein wundervolles altes Wort, und ein wunderbarer Brauch: eine Zeit einzulegen, in der

Kampf gegen die Sozialdemokratie, dem ich mich nicht entsagen habe und nicht entsagen werde. Es scheint mir, daß in dem mir ungenügenden Schicksal ein Wandel ist, der davon abhängt, daß sich die inoffizielle Organisation weitere Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie vorbehaltet. Ich schrieb dem Bureau, daß ich verlangte, daß dieser Wandel geschehen würde oder eine doppelte, welche doppelte erhalte. Anders gäbe ich unter keinen Umständen meine Unterstützung dazu. Da ich inzwischen nicht mehr von der Sache erhalte, nahm ich an, daß man auf meine Unterstützung verzichtet hätte. Dann sah man, ohne mir Mitteilung von dem zu veröffentlichen Artikel zu machen, aber mich über die Einwirkung des Komitees in betreff des Abzuges 10 aufzuführen, wenn man unter das Journal legen würde — zu dieser Unrechtheit habe ich nicht geduldet. Ich weiß, daß ich bis heute nicht ein gedrucktes oder geschriebenes Blatt Papier zu Gebote bekommen habe, das den verantwortlichen Namen trägt. Daraus geht wohl hervor, daß hier ein großer Unfug vorliegt, gegen den ich mit weiserer Schritte vorgehe.

Bezüglich hat es den Professorenbüro höhere Mühe gefolgt, die Unterzeichneten zusammen zu bringen. Herr Böttger darf für seinen Reichtum nichts anderes als Sport erwarten. Hier heißt es: Mitgefänger, mitgefänger!

Zur Bekämpfung der Murrkrankheit.
In Dornum hielten am Sonntag die Knappheitsältesten des Nordwestens eine Versammlung ab, in der die Stellung nahmen zu den Maßregeln gegen die Murrkrankheit. Es wurden nach eingehender Besprechung folgende drei Resolutionen einstimmig angenommen:

I. Nachdem die Vertreter der Werkbeter in Knappheits-Vorstände und in Murrkrankheits-Verbände abgeteilt haben, durchgängig die Kosten der laut Bergpolizeiverordnung vom 1. August 1903 vorgeschriebenen Unterordnung der Bergarbeiter durch die Werkbeter zu decken, ist uns Keitellen dieser Weg zur Entlastung der Knappheitsmitglieder hervorgeht. Da die Werkbeter die betreffende Verantwortung erliegen und statutarisch auf die Kranken Arbeiter, kann gesetzlich und statutarisch behalter werden. Die Behörde ist daher in der Unterordnungskosten die behördlich ermächtigten Verate zur Aufrechterhaltung beizugehen. Die Verordnung charakterisiert sich demgemäß als eine rein sanitätspolizeiliche Maßregel, deren Durchführung der Behörde obliegt, demzufolge ihr auch die Kostenbedeutung zuzuführen. Die Keitellen fordern daher die Regierung auf, es nicht mit sanitätspolizeilichen Maßnahmen bescheiden zu lassen, sondern auch durch finanzielle Hilfe (Beibehaltung der betreffenden Verate, Errichtung besonderer Schulen, Kontrollstationen usw.) die Seuchenanstaltung zu unterstützen. Diese Hilfsaktion soll sichergestellt werden, da die Erregung unter den Arbeitern über ihre absolut ungerechtfertigte Belastung erste Konflikte befeuert läßt. Je schneller und gründlicher hier zu Gunsten der ohnehin schwer getroffenen Arbeiter eingegriffen wird, um so bessere Folgen sind zu erzielen.

Es gehört nicht zur Kompetenz der Keitellen, Vorkorderungen zu stellen; in Interesse unter schwer erkrankten murrkranken Sprengelmitglieder vertreten wir aber die Ansicht, die Werkbeter sollten allgemein den Eingaben der beiden Bergarbeiter-Verbände, die Vorkündigung für die Murrkranken beizubehalten, zustimmen. Hierdurch wäre einem förderlichen Verlauf der Erkrankten und der Verarmung ihrer Familien vorgebeugt. Gleichzeitig dient eine solche Maßnahme auch zur Bekämpfung der ungelagert sehr erregten Bergarbeiter. Indem wir diese unsere Entschlüsse dem Bergbauverein und der Regierung zur Kenntnis bringen, hoffen wir im Interesse des Friedens auf eine arbeitgeberfreundliche Friedigung des Differenzpunktes.

II. Die heutige allgemeine Keitellenversammlung erachtet den Knappheitsvorstand, er möge im Einverständnis mit der Bergbehörde eine Vereinbarung erwirken, daß nur wirklich murrkranke Bergleute zu den Arbeitsstätten herangezogen werden dürfen, weil sich heute noch kein genügender Bestand gefunden ist, die Krankheit definitiv zu beizugehen, und weil nach Ansicht der ärztlichen Autoritäten befürchtet wird, daß Murrkranker nicht immer murrkrank werden.

III. Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, in welchem verlangt wird, daß die Reichsregierung die Kosten übernehme, welche der Knappheitsstelle durch die Maßnahmen der Bergbehörde entfallen; beziehungsweise noch entstehen werden.

Die Forderungen der Keitellen wurden untertätig durch eine Anzahl Bergarbeitervereinigungen, die gleichzeitig am Sonntag in verschiedenen Teilen des Bergbaues stattfanden. Nach einem Telegramm des Berliner Tagesbl. finden auch am nächsten Sonntag im Ruhrrevier wiederum 10 Bergarbeitervereinigungen statt.

Wom feigen Ende der Nationalpolitik. Herr Raumann ist unermüdlich tätig, seinen Parteigenossen zu belehren, daß sie sich begeben sollen müssen. Am Dienstag war er auch in Dresden und der dortige Nationalpolitische Verein nimmt dem Anhalten an die freireinliche Vereinigung in Prinzip zu. Herr Raumann entwickelte seine bereits bekannten Ansichten über die Gründe, weshalb seine Partei zu Grunde gehen würde. Darüber sprach er sich aber diejenigen seiner Parteifreunde aus, die jetzt nicht mit ihm zur freireinlichen Vereinigung gehen wollen. „Das ein Teil meiner Parteifreunde, darunter der Parteisekretär Mauerbach“, so sagte er, „die mich nicht unterstützen und zur Sozialdemokratie gehen, werde ich ihnen nicht. Wären sie dort vernünftig mit mir. Wir ändern machen den Schritt nicht mit, denn jede große nationale Welle würde uns doch wieder aus der Sozialdemokratie fortwischen.“

Wollte Herr Raumann damit diesen seinen Freunden eine besondere Empfehlung auf den Weg geben?

Die Kanalvorlage ist, so sieht jetzt, in der schlechtesten Wasserart gesunken. Die offiziös bediente Münchener Allgemeine Zeitung berichtet:

Es ist nicht schon darauf hingewiesen worden, daß die Kanalgegner von allen Seiten ideen zum Sturm blauen, freilich zum Erfolg gegen ein Hindernis, denn es dürfte wohl kaum anzunehmen, daß die preussische Staatsregierung den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet erachtet, diese Frage wieder aufzuwerfen zu lassen.

Vor drei Jahren, am 11. August 1899, hielt Wilhelm II. in Dortmund seine Rede, in der er erklärte, daß er und seine Regierung fest und unerschütterlich entschlossen seien, den Mittelkanal zu bauen. Und nachdem er die Hoffnung ausgesprochen, daß der Landtag „noch in diesem Jahre (1899) meinen Lande den Segen dieses Kanals zu nuge und zu teil werden“ lassen werde, und daß die kaiserliche Macht „auch für das große Werk mit voller Macht eingesetzt“ werden würde, schloß er mit den Worten:

„Dafür werde ich stehen.“

Herr und Dienstmädchen vor der Justiz. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nummer 185 des Volksblattes einen Artikel über Dienstbotenverhältnisse in Mecklenburg. Der Erste Staatsanwalt beim Vangerichter zu Wistofa schreibt nun dem hannoverschen Volkswillen, welcher wie wir den Artikel unserem mecklenburgischen Parteiblatt entnommen hatte, es sei unrichtig, daß er in dem Prozesse gegen den Herrn des Dienstmädchens erklärt habe, nachdem S. den Straf Antrag gegen die S. zurückgezogen, habe auch er sein Interesse mehr an der Anklage und lasse er dieselbe fallen. Tatsächlich habe er erklärt, daß das Verfahren eingestellt werden müsse, weil kein Strafinteresse mehr vorhanden sei. Am übrigen sei die Unterordnung wegen des behaupteten Stillschließens alsbald wieder aufgenommen worden. Auch wir nehmen da nach mit Vergnügen Kenntnis von der Mitteilung des Staatsanwalts, daß das von der Staatsanwaltschaft zuerst abgeleitete Eingekerkert gegen den Godemann „mangels ausreichenden Beweises gegenüber dem Leugnen des Angeklagten“ infolge der Intervention unseres Genossen Herzfeld nun doch erfolgt. Der Prozeß kann nun doppelt interessant werden.

Gefährliche Anstaltskaren. Das Vertheuer Bericht verbietet den Verkauf politischer Anstaltskaren mit den Büchsen hervorrager oder in der Gefährliche bekannter politischer Frauen, ferner Karten mit der Biererlei „Polonia“, und die Karte, die das alte polnische Königshaus „Bawel“ in Krakau darstellt, das als mit der weiß-roten Flagge geschmückt ist, auf der sich die Aufschrift befindet: „Jeszcze Polska nie zginie!“ (Noch ist Polen nicht verloren). Das Verbot ist damit begründet, daß diese Postkarten zu Gewaltthaten aufreizen.

Kloster in Preußen. Aus Ostpreußen wird der Berl. Zeitung gemeldet:

Golländische Urstinne, die ihr Kloster in Pommeren an französische Schwärmer verkauft haben, beziehen ein hier mit einem Kottenaufwande von ca. 750 000 Mk. fertiggestelltes Preußen, das Land der Kaiserinnen, wird auch das Land der Kaiser.

Ein Offiziersduell in Ostpreußen. Dienstag abend fand im Stadtwalde von Allenstein ein Duell zwischen Leutnant Kaiser und Leutnant Klauenflügel vom 78. Feldartillerie-Regiment statt. Kaiser wurde verwundet in seine Wohnung gebracht. Die Ursache des Duells ist folgende: Bei einer Anwesenheit für den Hauptmann Fegge, die im Kreisversteckung gegeben wurde, entstand ein heftiger Streit zwischen den Leutnants Kaiser, Gamp und Klauenflügel. Der Streit Kaiser—Gamp wurde beigelegt. Die Leutnants Kaiser und Klauenflügel trugen den ihrigen durch ein Duell aus.

Es ist für die Kreise, in denen derartige „Ehrenhändel

alles Böse, Schmerzliche, Verfolgung, Haber, Strafe, eiden, die arme Seele aufnimmt, sich beheimen kann. „Dannach ist mir“ den ganzen Abend schon gemein.“

Er schlang den Arm um sie, und sie schwebten zusammen durch das mächtige Zimmer, von dessen Wänden die Wägen großer Wägen, Denter und Staatsmänner erst und schließlich herabstiegen.

„Gutlich brach die Nacht ab, und er führte sie in eine kleine Nische nahe dem Fenster, die von dunklem Raub gebildet war.“

„Ich hab's mir ausgemalt, wie Sie so ahnungslos — Sie haben nichts gehabt.“

Sie wurde ganz eilig. „Danke Sie doch Gott! Wenn Sie damals, in der ersten Erregung und Empörung — die Stadt hätte sie ja an solchen gesteuert! — abgewartet worden wären, es wäre nicht allzuviel abgegangen!“

„Tropfen!“ rief er mit herabdröherender Ungeduld. „Dieser verdammt schwerliche Gang der bodenpolitischen Prozesse! Was wollen sie denn noch? So lehne ja nicht! Alles liegt klipp und klar und wenn's das schimmige hier — Herzoget, den Kopf kann's ja nicht fassen!“

„Das hab' sie ihm begnügelt an, mit leisen, klugem Lächeln.“ Herr Daltus, es ist ja ein gutes Zeichen. „Glauben Sie mir.“

Ein heimliches Versprechen, eine verborgene Gut, ein welches, hingebendes Gewähren lag tief im Grunde der blauen Augen.

...wird werden, ...

...eine schwere Strafe hat das Kriegsgericht in ...

...eine milde Strafe erhielt dagegen, wie gewöhnlich, ein ...

Ausland.

England. Die Arbeiter gegen Chamberlains ...

...Ein Kongreß der englischen Handelskammern ...

Serbien. Monarchischer Hofbrand. Der König ...

...Peter und sein Herr Sohn mühen sich nur vorzuehen, daß die ...

Türkei. Der Aufstand in Mazedonien soll nunmehr ...

...Aufstand und der Aufstand in Mazedonien ...

Uruia. Die Minenbesitzer in Südafrika klagen ...

...Das Geld bei den Buren. Die South African ...

Amerika. Kämpfe mit den Indianern in Mexiko.

...von Heißhunger ...

...Der Kanal über die Landenge von Panama ...

...Ein barbarischer Akt der Lynchjustiz. Zu einem ...

Gewerkschaftliches.

Gegen das Streikverbot richtet sich folgende in ...

...Auf Grund der Polizeiverordnung vom 22. Juni 1901 ...

...Gegen Arbeiter hat man alles für erlaubt; selbst der freie ...

Was Arbeiterinnen geboten wird. Der Berliner ...

Wie das Leben des Verganmens aufs Spiel gesetzt ...

...Das ist denn doch eine Handlungsweise, die zur ...

Ausland.

Ungarn. 2000 Eisenarbeiter der Österreichisch- ...

...Streikbewegung. Arbeiter der Bohner- ...

...Aufstand. Die Kanadische ...

...Ueber die Massenstreiks in Südrußland ...

...Schweiden. Die Aussperrung der Eisenarbeiter ...

...Italien. Ein allgemeiner Ausstand in ...

...Spanien. Die Mauer von Barcelona streiken.

Gewerkschaft.

Ferien-Strastkammer.

Erfolg mit seiner Berufung hatte der ...

Verurteilt wurde die Berufung des ...

Wegen Streikverboten waren die ...



Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Dresden 1903.

III.

Wahlen. Im Herbst vorigen Jahres haben in einer großen Anzahl von Orten Gewerbevereine gewählt. Überall, wo eine gute Gewerbevereinsbewegung vorhanden ist, drang die Idee der freien Gewerkschaften teils ohne Gegenliefe, teils mit sehr großer Mehrheit gegen die Idee der christlichen Gewerkschaften oder die der Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine durch. Wir nennen Ströbberg i. G., Mühlberg, Elberfeld, Weimar, Kassel, Wenzling, Schmiedau, Schömerin, Hochim, Berlin etc. In Berlin wurden bei vier sozialdemokratische Beiräte von den Arbeitgebern gewählt. In Augsburg haben sich die christlichen Arbeitervereine und die Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine vereinigt, um gemeinsam die freien Gewerkschaften zu bekämpfen. Trotzdem die erlernten das Wohlwollen und die Unterstützung der Unternehmer genossen, legte die Liste der Gewerkschaften mit 4500 gegen 2890 Stimmen, die auf die vereinigten Gegner fielen. In Mummelburg bei Berlin siegte auch die sozialdemokratische Liste in der Klasse der Arbeitgeber. Bei der Gewerbegerichts Wahl in Schweini, welche am 11. Oktober stattfand, kamen wie bei der diesmaligen Reichstagswahl auf Antrag der Gewerkschaften Stimmzettel in amtlichen Umschlüssen zur Verwendung. Die vom Gewerkschaftsamt aufgestellten Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Das Proportionalwahlrecht kam bei den Wahlen in Gießen und Münden zur Anwendung. In Gießen siegerten die Gewerkschaften ihre Stimmen von 237 vor drei Jahren auf 753 Stimmen, während die vereinigten christlichen Arbeitervereine es nur auf 69 Stimmen brachten. Dafür erhielten sie einen Arbeiterbeiräte, verloren dagegen zwei Sitze von den Arbeitgebern an die Gewerkschaften. In gleicher Weise ärgerten sich die Wirkungen des Proporz in Münden. Die Liste des Gewerbevereins erhielt 9747 Stimmen gegen 1948 Stimmen, die auf die Liste der Christlichen entfielen, wofür sie zehn Mandate erhielt. Dieser Verlust wurde fast doppelt wett gemacht, indem die Gewerkschaften bei der Arbeitgebern Wahl 17 Mandate gewannen. Das Charakteristische bei den Gewerbegerichts- wahlen nach dem Verhältnis der für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmen (Proportionalwahlrecht) ist, daß es nur dort eingeführt wurde, wo es den freien Gewerkschaften gelang, die Gegner günstig aus dem Gewerbegericht zu verdrängen. Dagegen hat man noch in keiner Gemeinde die Proportionalwahl eingeführt, in denen es bisher noch gelang, die Vertreter der freien Gewerkschaften aus dem Gewerbegericht fernzuhalten. Das entspricht dem Zweck, den die Reichstagsmehrheit mit der fakultativen Einführung der Proportionalwahl erreichen wollte. Gleichwie in Berlin hatten die städtischen Kollegien in Jülich die Gewerbegerichts Wahl auf einen Sonntag — den 30. Dezember — festgelegt. Gegen diese Festlegung reichten die Nationalliberalen wie auch die Freimüthigen Protest bei der Kreisregierung ein. Die erlernten traten für die Heiligkeit des Sonntags ein, der „durch Arbeit nicht geändert werden dürfe“. Die letzteren befürchteten den Zerwürfnis der Sozialdemokraten, die ohne Vorzugung der Mitgliedsliste niemand den Zutritt zum Wahllokal gestatten würden. Die Regierung gab dem Protest Folge und verbot die Veranbahnung der Wahl an einem Sonntag. Im katholischen Gisch wird der Sonntag noch immer durch die Gewerbegerichts wahlen „gehindert“. Die Gemeinde- und die Bezirksrats wahlen finden dort jetzt — nach französischer Sitte — an einem Sonntage statt.

An den Gemeindeberats- und Stadtrats wahlen haben sich die Gewerkschaften in stets zunehmendem Maße beteiligt. Alle dabei erzielten Erfolge anzuführen, ist unmöglich. Die Verdrängung muß sich beiderseits, einzelne typische Fälle herauszuheben. So z. B. beteiligten sich unsere Genossen in Altenburg im Oktober v. J. zum erstenmal an den Stadtrats wahlen und errangen fünf Mandate. Dadurch, daß man alle Steuerzahler bis zu einem Einkommen von 400 Mark der dritten Abteilung zugezählt hatte, glaubte man die Sozialdemokratie aus dem Rathaus fernhalten zu können. Unsere Ge-

nossen brachten es dennoch auf 3884 Stimmen, während die Gegner nur 2686 Stimmen aufbrachten. Gleiche Erfolge erzielten unsere Genossen in Schmölln und Ronneburg. Eine geliche Position erzielten die Zeitungen Genossen im Rathaus. Die Herkambler brachten ihnen einen Gewinn von sechs Mandaten, wodurch sie über 14 Stimmen im Stadtverordnetenkollegium verlor. Die Genossen in Gera be- handelten zwei Mandate und eroberten drei, wodurch die im Vorjahr erlittene Schlappe wieder wett gemacht wurde.

Die Kreiswahlen in Nordost brachten einen vollen Sieg den Genossen, die dieselben schon seit Jahren die dritte Abteilung vollständig beherrschten.

Bei den am 1. Februar in Braunschw. vorgelagerten Wahlen brachten es die Genossen auf 10 Mandate, womit die Möglich- keit gegeben ist, selbständige Anträge zu stellen und deren sofortige Beratung durchzuführen. In die gleiche günstige Lage kam unsere Fraktion in den Veltsberg Stadtratsverordnetenkollegium durch die Erhebung vier weiterer Sitze. Dem Kollegium ge- hören jetzt 16 Genossen an. In Solingen errangen die Ge- nossen im November alle vier freigewordenen Mandate. Be- sonders beachtenswert ist der im November v. J. in Fortunanen erzielte Sieg der Genossen. Bei einer Wahlbereitschaft von 90 Proz. fielen den Genossen sämtliche 11 Mandate der dritten Abteilung zu. Seither hatten die Liberalen die unbesetzte Herrschaft. Ebenso gewannen die Genossen in dem kirchlichen Triebberg neun Mandate. Nur eins der dritten Abteilung ver- blieb im Besitz der Ultramontanen. Und endlich eroberten die Genossen im Durchlauf im Januar d. J. sämtliche 16 zur Er- wählung stehenden Mandate der dritten Abteilung. Von 28 der dritten Abteilung angehörenden Mandaten befinden sich nur noch vier im Besitz der bürgerlichen Parteien. Mehrere badische Gemeinden besitzen auch sozialdemokratische Bürgermeister, was daraus zu erklären ist, das der Gewählte der Bekämpfung des Landesfürsten nicht unterliegt.

In dem badienischen Waldsch war das einträchtige Zu- sammenschließen der sozialdemokratischen Bürgervereinsmitglieder mit dem Bürgermeister der Ultramontanen recht unangenehm ge- worden, und unter der Führung der Forrer wurde der Bürger- meister dem Bezirksamt und dem Ministerium wegen zu „freier“ Gefinnung denunziert. Doch der Bürgermeister ließ sich nicht einschüchtern, sondern erklärte freimüthig folgende Erklärung: „Den sozialdemokratischen Bürgervereinsmitgliedern, die bis jetzt auf dem Rathaus tätig waren, darf ich mit Recht das Zeugnis ausstellen, daß sie nur für das Wohl und die Fortschritte der Gemeinde eingetreten sind.“ Er erklärte hier offen, daß wir ohne sozialdemokratische Bürgervereinsmitglieder noch keine Sperrliste, keine gewerbliche Fortschrittsliste sowie auch keine Wahlleitung hätten. „Deutlich“, Bürgermeister.

Die Erklärung ist ebenso ein ehrenvolles Zeugnis für den Frei- mut und die Unbelegtheit des Bürgermeisters, wie für die von den Genossen im Dienste der Gemeinde ausgeübte Tätigkeit. In dem thüringischen Städtchen Waltershausen ist der Genosse Landtagsabgeordneter Denner bei Beginn des neuen Jahres zum 2. Vorliegenden des Stadtratsverordneten-Kollegiums ein- stimmig gewählt worden. Die Partei hat in dem Kollegium die Hälfte der Mandate im Besitz.

Die Beilegung an den Landtags wahlen ist bei den Ge- nossen in immer größerer Aufnahme gekommen und derzeit fast allseits. Die nachfolgend registrierten Wahlen haben im Oktober und November v. J. stattgefunden. Bei den Wahlen zum Oldenburgischen Landtag fielen den Genossen 6 Mandate zu, von denen 3 den Republikanern abgenommen wurden. In Schwarz- burg-Mühlhaußen eroberten wir 1 Mandate. Bisler brachten wir nur eines. Genosse Winter wurde zum Abgeordneten des Landtags gewählt. — Bei der Erziehung im Saalfeld wurde Genosse Bietz gewählt, wodurch die Zahl unserer Ab- geordneten im Thüringer Landtag auf 7 stieg. — Durch die Nachwahl im Heilbrunn Amt stieg die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag von 5 auf 6 Köpfe. — Die Wahlen in Hessen brachten uns 7 Mandate. Der Versuch, uns das Mandat von Offenbach Land, das falliert worden war, zu entreißen, scheiterte. Genosse Dr. wurde wiedergewählt, bezw. der Wahlbezirk Biber wählte die 6 sozialdemokratischen Wahl- männer mit 70 Stimmen Mehrheit wieder. — In den Anhalter

Landtag hielt die Sozialdemokratie v. J. zuerst ihren Einzug 4 Genossen werden gewählt. — Die Genossen in Bremen ge- wonnen bei den Bürgervereins wahlen 9 Mandate, wodurch die sozialdemokratische Fraktion auf 20 Mitglieder gestiegen ist. — Die am 17. Dezember v. J. erfolgte Wahl des Genossen Gammel in den elbischen Landtag wurde falliert. Jedoch wurde Genosse Gammel am 28. April d. J. wiedergewählt.

In Sachsen, Baden und Preußen sind die Genossen teils in voller Agitation, teils mit den Vorarbeiten beschäftigt für die in den genannten Staaten demnächst bezw. im Herbst statt- findenden Landtags wahlen.

Wir lassen eine Zusammenstellung folgen, aus der die Stärke der sozialdemokratischen Fraktionen der Landtage und die ge- wählten Abgeordneten zu ersehen sind. Die in Klammern ge- gebenen Ziffern geben die Gesamtzahl der Mitglieder, aus denen der betreffende Landtag besteht:

Bayern 11 (154): Birk, Schurz, v. Haller, Fußer, Keidel, Schenkel, Merkel, Müller, Schmitt, Seitz, v. Volkmar.

Württemberg 6 (83): Blumhardt, Hildenbrandt, Keil, Klotz, Schäfers, Lauffer.

Baden 6 (83): Dreesebach, Eichhorn, Fendrich, Geß, Geß, Kramer.

Sachsen 7 (50): Berthold, Kramer, David, Haas, Drb, Nau, Ulrich.

Oldenburg 6 (40): Duden, Heilmann, Vogt, Meyer, Schmidt, Schulz.

Sachsen-Weimar 2 (33): Baudert, Reidt.

Anhalt 4 (56): Günther, Langheld, Heins, Voigt.

Sachsen-Mecklenburg 4 (30): Buchwald, Horn, Käppler, Schäfers.

Sachsen-Ruburg-Gotha 10 (30): Wolf, Demmer, Hilde- brandt, Noos, Köllner, Schauer, Spengler, Litzig, Wolf, Walter.

Sachsen-Meiningen 7 (24): Eckardt, Gosmann, Wächter, Weider, Wehner, Weigelt, Zietich.

Lupe-Deirmold 3 (21): Becker-Semgo, Becker-Derling- hansen, Zimmud.

Meißen 1 (12): Jeniel.

Meißen 2 (16): Wätger, Nieder, Leven, Pagar, Peterlein.

Schwarzburg-Rudolstadt 7 (16): Bloß, Böttcher, Frö- scher, Hartmann, Keller, Peter, Winter.

Bremen 20 (150): Barbel, Behrens, Blome, Donath, Geert, Gengenoll, Hartmann, Jannicke, Junge, Lammitz, Kruse, März, Meier, Nöte, Nöteldecher, Strudmann, Ullmer, Vogel, Walzand, Weener.

Hamburg 1 (60): Stolten.

Sachsen-Vöhringen 2 (168): Gammel.

Nicht vertreten ist die Sozialdemokratie demnach in den ge- legentlich kürzeren Städten in Preußen, Sachsen, Braunschw., Schaumburg, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Rube.

Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahr 5 statt, an denen sich die Partei beteiligte und zwar in Pommern, Danzig, Schleswig, Meppen und Fockenheim. In den drei er- genannten Kreisen kamen wir in die Stichwahl, in der wir gegen den Freiwil. unterlagen.

Im ersten Antritt in der Hauptwahl am 16. Juni eroberten wir 58 Mandate, also die gleiche Zahl der Mandate, welche die Fraktion am Schluß des Reichstags besaß. Mitfin sind die 23 in der Stichwahl am 25. Juni uns zugefallenen Mandate der Gemina der Wahlstadt, über den sich zu freuen die Ge- nossen berechtigten Grund haben. Unsere Stimmzahl stieg von 2107 078 Stimmen im Jahre 1898 auf 3010 472 Stimmen bei der diesjährigen Wahl, mehr 903 394 Stimmen.

Die Wahlorganisation war die gleiche wie in den beiden vorausgehenden Wahljahren von 1898 und 1899, mit einigen kleineren Veränderungen, die durch die gewachsenen Lage der betreffenden Kreise bedingt war. Die Organisation hat sich auch diesmal vortrefflich bewährt. Ihr Hauptzweck ist, das sie ländliche Einrichtungen gewährt ist, die in jedem Augenblick die Aufgaben erfüllen kann, die im Wahlkampf erfüllt werden müssen.

Ihr Unterstützung der Agitation in dem Wahlkampf stellte der Parteivorstand den Bezug des Fraktionsausfalls den Wahl- scheinungen des Buchhandels“ zusammenzubringen. Dr. Karl Vögel, Professor der Nationalökonomie und derzeitiger Rektor der Leipziger Universität, ist Sozialpolitiker von be- deutendem Rufe, begründet in einer bei A. G. Teubner in Leipzig erschienenen Schrift, betitelt „Der deutsche Buch- handel und die Wirtschaft“, den Standpunkt der genannten oppositionellen Vereinigung u. a. wie folgt:

„Nicht bloß die schwerwiegenden Interessen, welche die Ver- treter der deutschen Wissenschaft als Autoren und Bücherkäufer naturgemäß dem Buchgewerbe gegenüber zu wahren haben, verdienen geschützt; es gilt auch gegen Maßnahmen und Zen- dungen Front zu machen, welche die gesunde Entwicklung unsers gesamten nationalen Geisteslebens zu unterbinden drohen und namentlich die Beteiligung der minder bemittelten Volksklassen an den Früchten der Kultur erschweren, wenn nicht völlig verhindern können. Wir können und dürfen nicht Maßnahmen ruhig hinzulassen, welche zu gunsten weniger untern Volk die geistige Nahrung verteuern.“

Der scheinende deutsche Buchhandel erfüllt seine Aufgabe im Wirtschaftsleben unsres Volkes nur ungenügend, und auch dies nicht in der billigen, sondern in der denkbar teuersten Weise. Er fordert von der Nation Opfer, wie sie der ange- blich viel unvollkommener Buchhandel anderer Kulturländer nicht fordern würde, und er stellt die Gesellschaft, der er alle seine Erfolge verdankt, schlechter, als das ein Volk, in dem jeder auf Grund staatlicher Anordnung lesen und schreiben lernt, dies länger ertragen könnte. Weitere Opfer können zu gunsten einer in ihren Grundlagen verfallenen, in qualitativster Selbstgenügsamkeit erlärten Organisation nicht gebracht werden.“

Es darf ferner nicht gelassen, daß unsere öffentlichen Biblio- theken bei ihren vielfach ungenügenden, nur für das Notwendigste ausreichenden Mitteln in ihrer Leistungsfähigkeit gegen- über denjenigen des Auslandes noch dadurch geschmälert werden, daß sie deutsche Verlagswerke um 10 bis 15 Prozent teurer kaufen müssen, als sie ausländischen Anstalten geliefert werden. Es darf nicht gelassen werden, daß verschiedene Bibliotheken in der gleichen Stadt ungleich behandelt, daß ihnen notwendige Hilfsmittel für ihre Verwaltung nach Will- kür entzogen oder bloß auf Wohlverhalten weiter bewilligt werden. Es darf nicht gelassen, daß fremde Privatleute, insbesondere die fremdländischen Studierenden unserer Hoch- schulen, ihren Bücherbedarf um 15 Prozent billiger beziehen können, unter eigenen Kaufbedingung, daß letztere den be- treffenden Verlegungen des Heims und Vaterlandshandels aus- gesetzt bleiben oder sich für die Verdrängung ihres Bedarfs auf Einzelbuchhandlungen angewiesen sehen, in denen das

Serbische Idylle.

„Unter den serbischen Ministern und Parteien herrscht helle Friede. Der König drohte wiederholt, er werde, wenn sich die Streitenden nicht einigen, das Land nieder verlassen.“ So steht in den Zeitungen zu lesen. Ein Mitarbeiter sendet der Wiener Arbeiterzeitg. das Protokoll der letzten Kronrats- Sitzung:

König Peter I.: Ich eröffne die Sitzung, aber ich bitte Sie, meine Herren, streiten wir uns nicht zu viel. Ich trachte ja abzuheben, so rasch wie möglich jeden Wunsch der Herren zu erfüllen.

Justizminister Jostowitsch (unterbrechend): Man kann aber nicht verlassen auf Sie. Was war das für ein Erfolg, die Ernennung des Konstantinopeler Gesandten Lechjanin. So was gleich ins Amtsbüro zu legen!

König Peter (erkannt): Entschuldigen Sie, es ist ja noch gleich repariert worden, ich hab ja wie so mein Amtsbüro noch repariert und in der zweiten Auflage ist von der Ernennung nichts mehr darin geblieben. Was wollen Sie denn noch? Wenn man sich eh gleich verheißt, sollten die Herren doch gar nicht so streng sein. Schließlich, Übung hat man noch keine große.

Ministerpräsident Ananowitsch: Sehr schön. Aber man kann sich auf Sie noch nicht verlassen.

König Peter: Gebud, die Herren, mit der Zeit wird's schon gehen. Also, weshalb habe ich die heutige Beratung einberufen?

Rechtsminister Atanagowitsch: Es handelt sich um meinen Namen.

Ministerpräsident Atanagowitsch: Das wissen wir. Sie sind auch, was es mit den Entschädigungen der alten Offiziere ist, die nicht mitge... kämpft haben gegen Traaa und Alexander?

Rechtsminister Atanagowitsch: Es sind tüchtige, verwendbare Offiziere.

Der Justizminister, der Finanzminister, der Finanzminister (gorniz): Was geht denn das uns an? Wir haben Eddne, Meßen, die in der Befreiungszeit in den Konal gezogen sind. Was sollen wir ihnen denn sagen, wenn sie uns tragen oder wenigstens ihre alten Vorgesetzten wasgerannt werden?

Der Justizminister Jostowitsch: Die jungen Leute sind eh schon ganz verhasst. Offiziere habe ich mein Leben lang. Wenn Sie das nächste Mal jemand abmurren wollen, tut es mir gefälligst selber! Kon Euch hat man ja keinen Dent.“

König Peter hustet aufstehend ...

Der Justizminister Jostowitsch: Ah, entschuldigen Majestät, es ist ja nur so eine Nebenbemerkung. ... Aber es freut mich ja wirklich gar nichts mehr, der ganze Wort macht einem kein Vergnügen mehr, denn man von den Kindern fortwährend hören hört, man hört nicht mehr.

Der Kriegsminister Atanagowitsch: Ein bißel gebuden sollen sich die Herren.

Die anderen Minister (während aufstehend): Gebuden? Noch gebuden? Jetzt warten wir noch als zwei Monate ab! Es entsetzt ein heftiger Wortwechsel, die Minister ver- stehen ihr eigenes Wort nicht mehr.

König Peter nimmt sein Taschentuch aus dem Saal und beginnt zu weinen.

Ministerpräsident Ananowitsch (streicht ihm das Haar, gutmütig): Na, was fehlt Ihnen denn, Majestät, was haben Sie denn?

König Peter (unter Schluchzen, stehend): Wir streitet so ... so ... fortwährend und ... so ... denn Ihr keine Ruh gebts, so ... so ... so geh' ich wieder fort, ganz fort aus Serbien.

Ministerpräsident Ananowitsch: Na, na, na, wer wird denn gleich so heftig? (Zu den Ministern): Aber was hat er. Immer nur über die Ernennungen und Entschädigungen streiten, es ist ja gemein. So viel Mühselig verdient ein neuer König, der noch nicht abgelehrt ist, schon, daß wir ein paar Monate wenigstens Ruh geben.

Justizminister Jostowitsch: Ah, das ist ... Mühselig! Ruh geben! Wenn es ihm nicht recht ist, so ...

Ministerpräsident Ananowitsch (unterbrechend): Sei nicht so roh, Jostowitsch, er ist ein gutes Gemüt ... Betragen wir heute die Beratung. Wenn Sie erlauben, Majestät, so schätze ich für Sie die heutige Sitzung des Kronrats.

Justizminister Jostowitsch (noch tollend): Und was soll ich meinen Vorgesetzten sagen?

König Peter (die Augen trübend, aufstehend): Gans in Ernst, wenn Ihr keine Ruh' gebts, so laß ich den ganzen Stempel wieder geben.

Kleines Feuilleton.

Gegen die jetzige Organisation des deutschen Buch- handels. Die in Dresden vereinten deutscher Buchhändler in Leip- zig ihre Zeitung hat, hat sich unter Führung der Leipziger Universitätsprofessoren ein akademischer Verein gebildet, der sämtliche Lehrer der Hochschulen Deutschlands, Österreichs und der deutschen Schweiz zu einem „Schutzverband gegen die Aus-

